

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Stagnation im Westen - Produktionsanstieg im Osten

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1992) : Bundesrepublik Deutschland: Stagnation im Westen -
Produktionsanstieg im Osten, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp.
23-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1515>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Stagnation im Westen – Produktionsanstieg im Osten

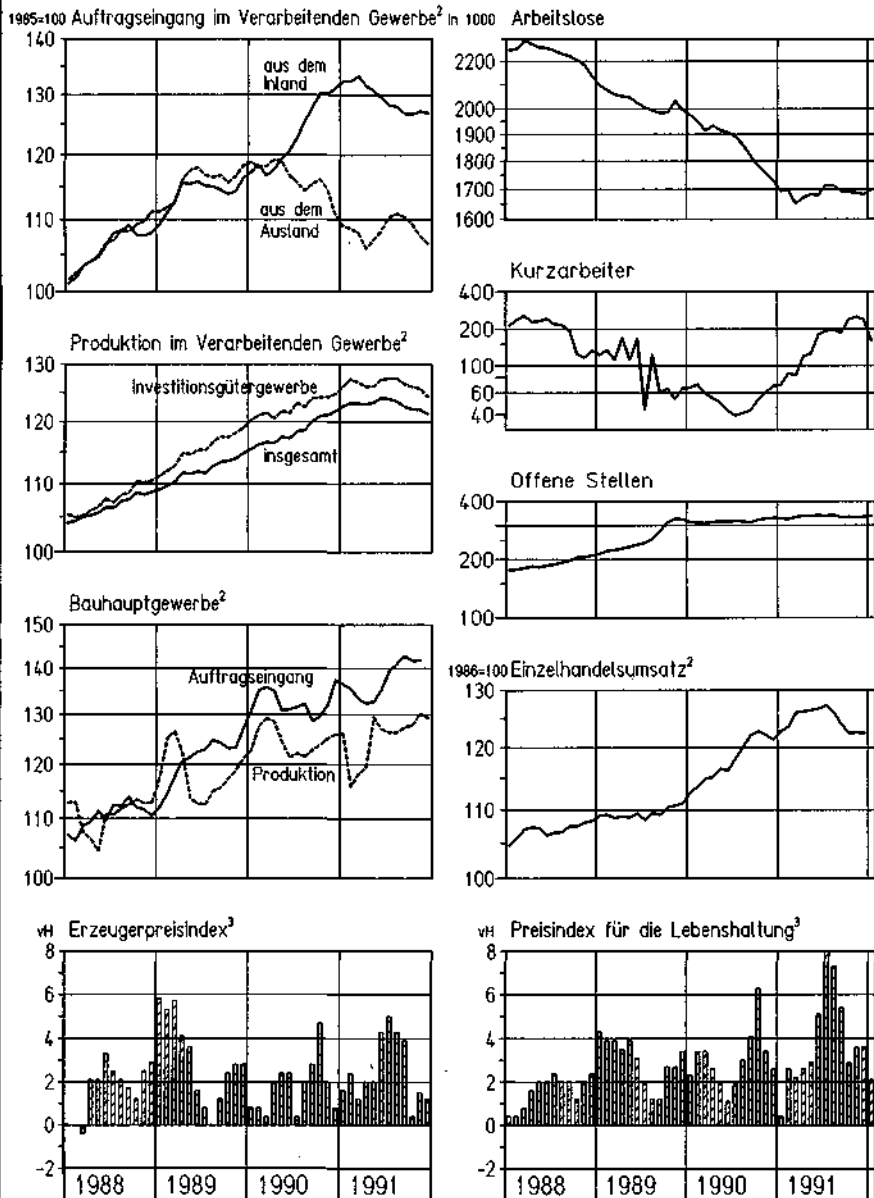
Von Alfred Boss, Malte Fischer, Enno Langfeldt, Eckhard Nitschke, Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp

Anderthalb Jahre nach Beginn der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion ist der einigungsbedingte Nachfrageschub abgeklungen, und die Konjunktur in den alten Bundesländern hat sich spürbar abgekühlt. Das reale Brutto sozialprodukt ist vom ersten bis zum vierten Quartal 1991 nicht mehr gestiegen. Der Zuwachs von 3,2 vH für den Durchschnitt des Jahres 1991 spiegelt die günstige Entwicklung zu Jahresbeginn wider. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung in der Industrie (Schaubild 1). Der Rückgang der Konjunktur ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte mittlerweile fast vollständig zum Erliegen gekommen sind. Dazu trägt die bereits seit geraumer Zeit enge Geldpolitik bei; die kurzfristigen Zinsen sind deutlich höher als die langfristigen und weisen mit mehr als 9,5 % den höchsten Stand seit Anfang der achtziger Jahre auf. Hinzu kommt, daß die 1991 eingeführten Steuer- und Abgabenerhöhungen die privaten Verbrauchsausgaben spürbar gedämpft haben. Die Auslandsnachfrage blieb bei nur zögerlicher Konjunkturerholung in wichtigen Handelspartnerländern verhalten. Diese dämpfenden Faktoren machen sich jetzt voll bemerkbar, nachdem sie einige Zeit durch den Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern überdeckt worden waren. In der Folge des durch die allgemeine Nachfrageschwäche und rasch steigende Lohnkosten zunehmenden Drucks auf die Gewinne der Unternehmen hat sich die Investitionsneigung deutlich abgekühlt. Die Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft hat sich deutlich verringert; in der Industrie lag sie Ende 1991 um mehr als 3 Prozentpunkte unter ihrem – freilich sehr hohen – Stand ein Jahr zuvor. Die konjunkturelle Schwäche hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Zahl der Beschäftigten stagnierte in der zweiten Jahreshälfte 1991, und die Zahl der Arbeitslosen geht nicht mehr zurück. In laufender Rechnung hat sich der Anstieg der Konsumentenpreise auf eine Rate von etwa 3 vH verlangsamt. Im Vergleich zum Vorjahr betrug die Preissteigerungsrate zu Beginn von 1992 gleichwohl noch 4 vH.

In den neuen Bundesländern hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommer 1991 ihre Talsohle erreicht. Sie nahm aber bisher kaum zu, trotz des kräftigen Aufschwungs im Baugewerbe und der moderaten Nachfragebelebung im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.¹ In der Landwirtschaft hat sich die Schrumpfung bis zuletzt fortgesetzt. In der Industrie, die nach dem Systemwechsel einen besonders schmerzhaften Anpassungsprozeß durchmacht, hat sich die Produktion im Herbst auf niedrigem Niveau stabilisiert (Schaubild 2).

¹ Für eine detaillierte Analyse vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft [1991].

Indikatoren¹ zur Konjunkturlage in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹Saisonbereinigt. - ²Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ³Veränderung gegenüber dem Vormonat, Jahresrate, gleitender Dreimonatsdurchschnitt.



Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland hat sich zu Jahresbeginn 1992 gegenüber Dezember um rund 300 000 auf rund 1,35 Millionen erhöht, nachdem besondere Regelungen für die Kurzarbeit ausgelaufen sind. Vor allem von den Treuhandbetrieben wurden Arbeitskräfte entlassen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist gleichzeitig um mehr als 500 000 auf nunmehr 520 000 gesunken. In dem Abbau der Kurzarbeit spiegelt sich die Offenlegung der bislang verdeckten Arbeitslosigkeit wider. Übergänge in den vorgezogenen Ruhestand sowie Vermittlungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eintritte in die berufliche Weiterbildung haben bewirkt, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich niedriger ausfiel als der Rückgang der Kurzarbeit. Das Verbraucherpreisniveau hat sich im Herbst 1991 infolge der Anhebung der Mieten und der Mietnebenkosten nochmals sprunghaft erhöht, im Dezember 1991 war es um rund 21 vH höher als ein Jahr zuvor. Da jedoch das Wohngeld aufgestockt wurde, Löhne und Gehälter kräftig stiegen und auch die Renten und das Arbeitslosengeld deutlich angehoben wurden, sind die Realeinkommen nicht zurückgegangen.

Geldpolitik: Lockerung erst nach der Jahresmitte 1992

Die Bundesbank hat den Diskont- und Lombardsatz Mitte Dezember 1991 um jeweils einen halben Prozentpunkt auf nunmehr 8 bzw. 9,75 % erhöht. Sie hat damit deutlich gemacht, daß sie ihren engen geldpolitischen Kurs fortsetzen will. Mit der abermaligen Verschärfung soll vor allem bewirkt werden, daß die monetäre Expansion, die sich im zweiten Halbjahr 1991 spürbar beschleunigt hatte, nicht über den angestrebten Zielkorridor hinausgeht. Zur Begründung der Leitzinserhöhungen hat die Notenbank auch auf den noch immer beträchtlichen Preisaufrtrieb, den starken Lohnkostendruck sowie die anhaltend hohen staatlichen Budgetdefizite verwiesen.

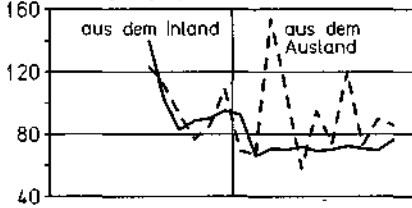
Die Geldmenge M3 nahm im dritten und im vierten Quartal 1991 mit einer laufenden Jahresrate von 5,7 bzw. 7,6 vH deutlich rascher zu als in der ersten Jahreshälfte. Auch die Geldmenge M1, die in der ersten Jahreshälfte leicht rückläufig war, weitete sich nach der Jahresmitte kräftig aus.

Die Bundesbank verweist als Ursache für diese Geldmengenentwicklung vor allem auf die starke Ausweitung der Bankkredite an Unternehmen und an Private. Die Kreditexpansion war jedoch auch in der ersten Jahreshälfte von 1991 sehr kräftig, sie kann daher kaum die beschleunigte Zunahme der Geldbestände erklären. Eine hohe Kreditnachfrage in Phasen der Konjunkturabschwächung ist nicht ungewöhnlich. Auch Anfang der achtziger Jahre war die Kreditexpansion trotz restriktiver Geldpolitik lange Zeit ausgesprochen kräftig. Erfahrungsgemäß braucht es einige Zeit bis die Unternehmen Produktion und Kostenentwicklung an die veränderten Bedingungen angepaßt haben, entsprechend wird der vorübergehend auftretende Liquiditätsbedarf durch eine verstärkte Kreditaufnahme ausgeglichen. Die privaten Haushalte haben auf den abrupten Rückgang der verfügbaren Einkommen im zweiten Halbjahr 1991 infolge der Steuererhöhungen vermutlich ebenfalls nicht sofort mit einer Verringerung ihres Konsums reagiert, sondern zunächst weniger gespart oder zusätzliche Kredite aufgenommen.

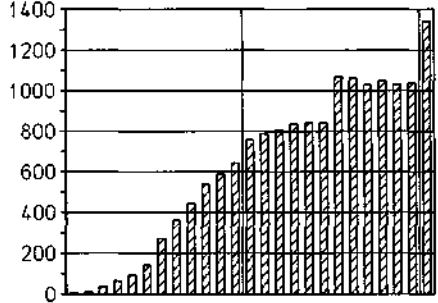
Schaubild 2

Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland

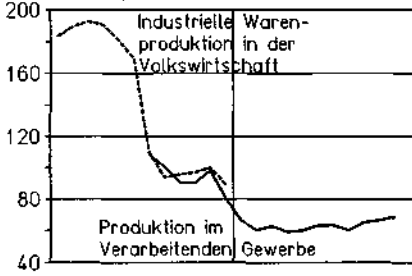
2. Halbj. 1990=100 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe



in 1000 Arbeitslose



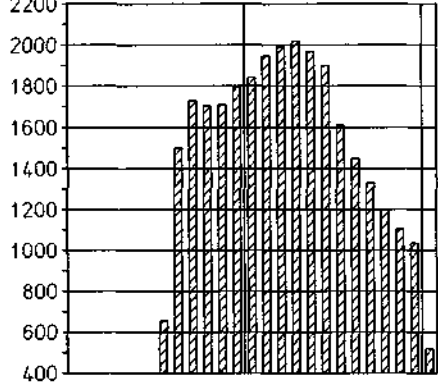
3. Quartal 1990=100 Industrieproduktion



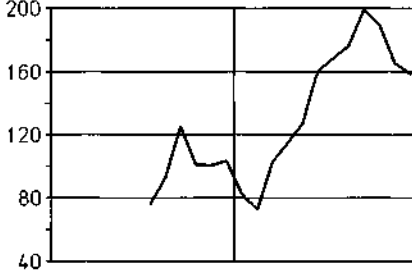
Offene Stellen



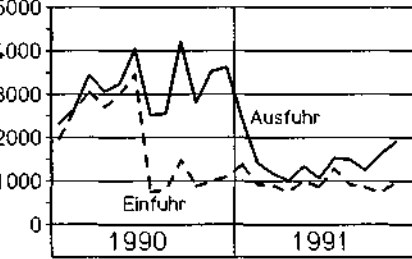
Kurzarbeiter



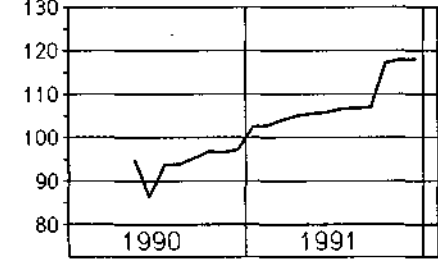
2. Halbj. 1990=100 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



MILLDM Außenhandel²



2.Hj. 90 / 1.Hj. 91 Preisindex für die Lebenshaltung



Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹Nicht saisonbereinigt. - ²Ohne innerdeutschen Handel.



Eine besondere Bedeutung für die starke Zunahme der Kredite mißt die Bundesbank dem Umstand bei, daß für Unternehmenskäufe und Investitionen in den neuen Bundesländern oder zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen im Treuhandbesitz verstärkt Mittel aufgenommen worden sind. Diese Kreditaufnahme dürfte wegen der umfangreichen staatlichen Fördermaßnahmen wenig zinsreagibel sein. Wenn die Bundesbank das Zentralbankgeldangebot jedoch knapp hält, und dafür sprechen die hohen Geldmarktzinsen, dann müßte die Ausweitung der Kreditnachfrage für Unternehmenskäufe und Investitionen in den neuen Bundesländern zu Lasten der Kreditexpansion in den alten Bundesländern gehen.

Kredite und Geldmenge haben sich in der Vergangenheit nicht immer parallel entwickelt, häufig waren sogar entgegengesetzte Bewegungen zu beobachten. Die Entwicklung der Geldmenge M1, die ein relativ guter Indikator für die Entwicklung der Inlandsnachfrage ist, weist jedoch eine relativ enge Beziehung mit der Zinsstruktur auf. In Zeiten inverser Zinsstruktur hat es nie eine nachhaltige Beschleunigung der Zunahme der Geldmenge M1 gegeben. Da die Zinsstruktur seit Ende 1990 durchgängig invers ist – seit Jahresbeginn 1992 überschreiten die kurzfristigen Zinsen die langfristigen sogar um mehr als einhalb Prozentpunkte – spricht nach unserer Einschätzung vieles dafür, daß die Ausweitung der Geldmenge M1 Anfang 1992 eher schwach sein wird.

Allerdings wird die monetäre Zielgröße M3 nach dem kräftigen Anstieg Ende 1991 auch bei mäßiger Zunahme in den nächsten Monaten wohl zunächst weiter deutlich oberhalb des für 1992 festgesetzten Zielkorridors liegen, der vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1992 eine Ausweitung um 3,5 bis 5,5 vH vorsieht. Zudem wird der Vorjahresvergleich für einige Zeit noch eine Inflationsrate signalisieren, die als nicht tolerabel angesehen wird. Hinzu kommt, daß die Befürchtung besteht, hohe Lohnabschlüsse könnten in steigenden Preisen weitergegeben werden. Auch zeichnet sich bei den Haushaltsdefiziten keine Besserung ab. Aller Voraussicht nach wird die Bundesbank ihren engen Kurs daher zunächst fortsetzen.

Nach der Jahresmitte 1992 wird sich der Preisanstieg auf eine Rate von unter 3 vH ermäßigen, und die Konjunktur in den alten Bundesländern wird sich stark abgeschwächt haben. Deshalb erwarten wir, daß die Bundesbank ihre Leitzinsen im zweiten Halbjahr 1992 und 1993 schrittweise senkt. Damit wird sich die Zinsstruktur im kommenden Jahr normalisieren. Bei dieser Zinsentwicklung wird die Ausweitung der Geldmenge M1 an Fahrt gewinnen. Damit werden von der Geldpolitik 1993 anregende Impulse auf die Konjunktur ausgehen.

Finanzpolitik: Verteilungs- statt wachstumsorientiert

Das Budgetdefizit des Staates (einschließlich Sondervermögen und Treuhandanstalt, ohne Sozialversicherung) belief sich im Jahr 1991 (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) auf rund 140 Mrd. DM (Tabelle 1). Die Gebietskörperschaften und die speziellen Fonds müssen 1992 rund 12 Mrd. DM Zinsen auf die zusätzlichen Schulden zahlen.

Tabelle 1 – Budgetsaldo des Staates nach Teilsektoren¹ 1990–1993 (Mrd. DM)

	1990	1991	1992	1993
Bund	-45 ²	-52	-42	.
Länder, Westen	-19	-18	-20	.
Länder, Osten	-4	-8	.
Gemeinden, Westen	-4	-7	-8	.
Gemeinden, Osten	-5	-8	.
Gebietskörperschaften	-68	-86	-86	-90
ERP-Sondervermögen	-2	-7	-7	-5
Fonds „Deutsche Einheit“	-20	-31	-24	-15
Kreditabwicklungsfonds	0	-3 ³	-3 ³
Gebietskörperschaften und Sonderhaushalte	-90	-124	-120	-113
Treuhandanstalt	-4	-20	-30 ³	-30 ³
Sozialversicherung	17	13	-5	-2
Insgesamt	-77	-131	-155	-145

¹ In der Abgrenzung der Finanzstatistik. – ² Einschließlich 24 Mrd. DM (im zweiten Halbjahr) für den Haushalt der ehemaligen DDR (Abschnitt B des Bundeshaushalts 1990). – ³ Ohne übernommene Schulden im Rahmen der Abwicklung der Haushalte der ehemaligen DDR oder im Zusammenhang mit der Währungsumstellung sowie der Erstellung der Eröffnungsbilanzen der Unternehmen im Gebiet der ehemaligen DDR.

Quelle: Deutsche Bundesbank [1992]; Bundesministerium der Finanzen [a, 1991; b, 1992]; Treuhandanstalt [1991]; eigene Schätzungen.

Nicht nur die Zinsausgaben, auch andere öffentliche Ausgaben werden 1992 kräftig expandieren. So werden die Sozialleistungen um mehr als 10 vH zunehmen. Die Personalausgaben dürften – bei erwarteten Lohnerhöhungen in der Größenordnung von 5 vH im Westen und 15 vH im Osten – ebenfalls deutlich steigen. Die Zunahme der gesamten Ausgaben des Staates (einschließlich Sozialversicherung) wird mit 8,5 vH weit größer ausfallen als die Expansionsrate des Bruttosozialprodukts. Erst 1993 dürfte es – unter dem Druck der rapiden Zunahme der öffentlichen Schulden und der stark steigenden Zinsausgaben – zu nennenswerten Einsparmaßnahmen kommen; die öffentlichen Ausgaben werden aber wohl dennoch etwa so stark zunehmen wie das Bruttosozialprodukt.

Der steuerpolitische Kurs für die Jahre 1992 und 1993 ist mit der Bundesratsentscheidung vom Februar 1992 weitgehend festgelegt worden. Die Mehrwertsteuer wird zum Jahresbeginn 1993 erhöht. Rund die Hälfte des erwarteten Mehraufkommens dient dazu, die Familienförderung zu verstärken (6 Mrd. DM). Einige Steuervergünstigungen werden gekürzt, der Wohnungsbau wird noch mehr als bisher subventioniert. Die schon vor vielen Jahren angekündigte durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung, mit der die Standortqualität verbessert werden soll, ist nicht beschlossen worden. Lediglich die betriebliche Vermögensteuer und die Gewerbeertragsteuer werden ab 1993 gesenkt (4 Mrd. DM); beide Steuern werden verstärkt progressiv ausgestaltet.

Tabelle 2 – Öffentliche Schulden 1990–1994 (Mrd. DM)

	Schuldenstand jeweils am Jahresende Mrd. DM				
	1990	1991	1992	1993	1994
Bund	542	585	626	679	765
Länder und Gemeinden	453 ¹	488	532	568	706
Gebietskörperschaften	995	1073	1158	1247	1471
ERP-Sondervermögen	9	16	23	28	30
Fonds „Deutsche Einheit“ ..	20	51	75	90	95
Kreditabwicklungsfonds	28	28	90	96 ²	.
Sektor staatlicher Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR ³	38	42	46	50	.
Zusammen	1090	1210	1392	1511	1596
Treuhandanstalt	4	24	144	174	204
Ingesamt	1094	1234	1536	1685	1800

¹ Ohne Ostdeutschland. – ² Schulden werden vom Bund und den neuen Bundesländern übernommen. – ³ Die Schulden werden bis 1993 infolge des Moratoriums nicht bedient. Fällige Zinsen erhöhen den Schuldenstand. Ende 1993 werden die Schulden von den Gemeinden der neuen Bundesländer übernommen; der Bund – und vermutlich auch die Länder – werden sich an der Belastung beteiligen.

Quelle: Deutsche Bundesbank [1992]; Bundesministerium der Finanzen [c, 1992]; eigene Berechnungen; vgl. auch Boss [1991].

Die Budgetdefizite der Gebietskörperschaften im Westen und im Osten werden in der ersten Hälfte der neunziger Jahre trotz der Mehrwertsteuererhöhung hoch bleiben. Die öffentlichen Schulden werden damit weiter kräftig steigen. Auch werden die übernommenen Altschulden der ehemaligen DDR zunehmend in den Haushalts- und Vermögensrechnungen der Gebietskörperschaften sichtbar werden (Tabelle 2). Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte dürfte 1994 – gemessen am Bruttosozialprodukt – rund 53 vH betragen (1989 in den alten Bundesländern 41,3 vH).

Obwohl die enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die deutsche Einigung offenkundig sind, hat die Finanzpolitik kaum Maßnahmen ergriffen, um den Ausgabenanstieg zu bremsen. Statt dessen werden Sozialleistungen erhöht. Die Personalausgaben werden 1992 kräftig – wenn auch etwas weniger stark als 1991 – ausgeweitet. Kürzungen der Subventionen beispielsweise im Agrarbereich oder im Kohlenbergbau wird es nicht geben; im Gegenteil, die Unternehmen im Treuhandbesitz werden wohl zusätzliche öffentliche Hilfen erhalten. Die Relation der Staatsausgaben zum Bruttosozialprodukt dürfte 1992 und 1993 rund 51 vH betragen (1991: 50 vH; 1989 in den alten Bundesländern 45,3 vH). Die steuerpolitische Diskussion wird von Verteilungsdanken und von Verteilungskämpfen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften dominiert. Bund und Länder sowie die Länder untereinander streiten über die Aufteilung

des Steueraufkommens. Eigene Anstrengungen zur Verbesserung der Standortqualität werden hintangestellt – auf nationaler und regionaler Ebene –, obwohl die hohe Steuerbelastung die Leistungsanreize schwächt, die Investitionsbereitschaft mindert und das Ausweichen in die Schattenwirtschaft verstärkt. Die Finanzpolitik wird insgesamt das Wachstum des Produktionspotentials beeinträchtigen, zumal die Sozialabgabenbelastung weiter steigen wird.

Wende in der Lohnpolitik notwendig

Bereits im zurückliegenden Jahr einigten sich die Tarifpartner auf eine kräftige Anhebung der tariflichen Stundenlöhne um nahezu 7 vH. Da die Produktivität jedoch nur um etwa 1,5 vH zunahm, stiegen die Lohnstückkosten mit rund 5 vH beschleunigt. Aufgrund der konjunkturellen Abkühlung und des intensiven Wettbewerbs waren die Unternehmen nicht in der Lage, die Kostenbelastung voll in den Preisen weiterzugeben, so daß Druck auf die Gewinne entstand. Der Anstieg der Beschäftigung flachte sich deutlich ab, und die Arbeitslosigkeit ging nicht mehr zurück. Dennoch stellen die Gewerkschaften für 1992 ähnlich hohe Forderungen wie im vergangenen Jahr und begründen sie mit dem erwarteten Preisanstieg sowie der Verbesserung der Unternehmensgewinne der zurückliegenden Jahre. Auch der Preisniveaueffekt der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 15 vH zum 1. Januar 1993 hat Eingang in die Tarifforderungen gefunden. Derartig begründete Lohnforderungen lassen jedoch außer acht, daß höhere indirekte Steuern dem Staat zufließen und nicht die Gewinnspannen der Unternehmen vergrößern. Was die Unternehmensgewinne anlangt, so ist zu berücksichtigen, daß die Investitionstätigkeit in der ersten Hälfte der achtziger Jahre infolge der stark komprimierten Gewinne sehr schwach war. Erst die spürbare Ausweitung der Gewinne seit Mitte der achtziger Jahre hat den Investitionsaufschwung und die Ausweitung der Beschäftigung in den letzten Jahren möglich gemacht.² Damit ist eingetreten, was von einer Verbesserung der Gewinne erwartet wurde. Ein Nachholbedarf der Löhne läßt sich daraus nicht ableiten.

Mit dem Ende 1991 gefaßten Beschluß, die Leitzinsen anzuheben, signalisierte die Bundesbank, daß sie nicht bereit ist, die Überwälzung steigender Löhne in die Preise monetär zu alimentieren. Auch dürften Preiserhöhungen wegen der deutlich schwächeren Inlandskonjunktur sowie des verschärften Wettbewerbsdrucks auf Auslandsmärkten kaum durchzusetzen sein. Nach dem Tarifabschluß in der Eisen- und Stahlindustrie und den ersten Verhandlungsangeboten der Arbeitgeber in einigen Bereichen zeichnen sich Lohnsteigerungen um rund 6 vH für das laufende Jahr ab. Erst im kommenden Jahr dürften die Lohnerhöhungen merklich niedriger ausfallen als in diesem Jahr. Dabei wird sich die als Folge der konjunkturellen Abkühlung und der hohen Tariflohnabschlüsse des Jahres 1992 noch bis in das nächste Jahr hinein zunehmende Arbeitslosigkeit dämpfend auswirken. Zudem dürfte sich die Preisentwicklung weiter beruhigen.

Für Ostdeutschland haben die Tarifparteien bereits im letzten Jahr eine stufenweise Anpassung der Löhne an das westdeutsche Niveau bis Mitte der neunziger

² Zu einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik vgl. Lehment [1991].

Jahre vereinbart. Die damit verbundenen Lohnzuwächse haben die Schere zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung weiter geöffnet und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Westdeutschland verschlechtert. So war eine Arbeitsstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern im September 1991 mit knapp 50 DM etwa doppelt so teuer wie in den neuen Bundesländern, gleichzeitig war jedoch der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde im Westen mehr als dreieinhalbfach so hoch.

Mit dieser Lohnpolitik wird beschäftigungspolitischen Erfordernissen keinerlei Rechnung getragen. In Ostdeutschland ist ein nahezu völliger Neuaufbau der Wirtschaft erforderlich, und das bedeutet auch eine durchgreifende Umschichtung der Beschäftigten. In vielen Wirtschaftszweigen – so in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Industrie – sind Produktion und Beschäftigung, als Ergebnis der zentralen Planung, der Einbindung in den früheren RGW und verbreiteter Autarkiebestrebungen, unter Marktbedingungen völlig überdimensioniert. Schon aus diesen Gründen sind der Niedergang vieler Fertigungen und die Freisetzung vieler Arbeitskräfte unumgänglich. Hinzu kommt, daß unter dem alten System die Betriebe mehr Arbeitskräfte beschäftigten als aus betrieblicher Sicht notwendig war. Viele andere Wirtschaftszweige waren dagegen unterdimensioniert, insbesondere solche des Dienstleistungssektors; hier bieten sich neue Beschäftigungschancen.

Es geht aber nicht nur um eine Umschichtung von Arbeitskräften zwischen Wirtschaftszweigen. Auch innerhalb und zwischen den Betrieben eines Sektors müssen die Arbeitskräfte wandern. Dies alles erfordert, daß der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus, das System relativer Preise, gut funktioniert. Die Preissignale müssen möglichst unverfälscht sein: auf dem Arbeitsmarkt also die relativen Löhne und das Lohnniveau insgesamt im Vergleich zu den Preisen anderer Produktionsfaktoren. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist, daß ein insgesamt zu hohes Lohnniveau die Lohndifferenzierung erschwert. Ist die marktmäßige Lohndifferenzierung nach unten nicht möglich, weil Tarifabschlüsse dies verhindern, dann kann die marktmäßige Lohndifferenzierung nach oben nicht weit genug gehen, weil die Lohnkosten insgesamt zu hoch werden. Im Ergebnis sind die Qualifikationsanreize zu gering, und weil es an Facharbeitern mangelt und weniger qualifizierte Arbeiter zu teuer sind, werden Arbeitskräfte und möglichst viel Sachkapital kombiniert.

Dem völligen Umbruch, dem die ostdeutsche Wirtschaft ausgesetzt ist, entspräche eine Lohnpolitik, die möglichst wenig in Tarifvereinbarungen fest schreibt und möglichst vieles dem Markt überläßt. Davon kann gegenwärtig keine Rede sein. Zwar ist es nicht so, daß es keine Differenzierung gibt. Aber sie findet auf einem allgemeinen Lohnniveau statt, das, gemessen an den Erfordernissen eines hohen Beschäftigungsstandes, völlig überzogen ist. Hohe Arbeitslosigkeit ist die Folge. Offenbar orientiert sich die Lohnpolitik an der Produktivität, die es gäbe, wenn die ostdeutsche Wirtschaft schon gründlich erneuert wäre, und sie legt dem einen Zeithorizont zugrunde, der bis zum Jahr 1994 oder doch nur wenig weiter reicht. Tatsächlich dürfte der Erneuerungsprozeß, selbst günstige Umstände und eine sachgerechte Lohnpolitik vorausgesetzt, in diesem Jahrzehnt nicht mehr abzuschließen sein, und aus eigener

Leistungskraft dürften ähnlich hohe Einkommen wie in Westdeutschland bei einem zugleich hohen Beschäftigungsstand wohl erst danach zu erreichen sein. Die Lohnpolitik in Ostdeutschland ist gegenwärtig auf einem Kurs, der äußerst verhängnisvoll ist. Offenbar wird die Verantwortung für die Beschäftigung in Ostdeutschland dem Staat übertragen. Zu Fehlentwicklungen in den neuen Bundesländern tragen auch hohe Lohnabschlüsse in Westdeutschland bei. Sie dämpfen nicht nur die Konjunktur, sondern beschleunigen die Lohnentwicklung im Osten, weil diese an das jeweils aktuelle Lohnniveau im Westen gekoppelt ist.

Westdeutschland: Konjunkturschwäche setzt sich 1992 fort

Nach dem Auslaufen des vereinigungsbedingten Booms ist die Konjunktur in Westdeutschland im zweiten Halbjahr 1991 ins Stocken geraten. Wichtige Frühindikatoren deuten für die erste Jahreshälfte von 1992 auf eine fortgesetzte Stagnation hin. So waren insbesondere die Inlandsbestellungen in der Tendenz bis zuletzt rückläufig. Auch haben sich Hoffnungen auf eine rasche Belebung der Nachfrage aus dem Ausland nicht erfüllt. Das Geschäftsklima und die Erwartungen der Konsumenten haben sich spürbar verschlechtert.

Die Konjunktur im Jahr 1992 wird durch eine weiterhin enge Geldpolitik sowie durch eine Finanzpolitik geprägt, die vornehmlich durch höhere Steuern und Abgaben einer weiteren Ausweitung des Budgetdefizits entgegenwirken will. Hinzu kommt ein anhaltend starker Lohnkostendruck und eine nur mäßige Konjunktur im Ausland, insbesondere in Westeuropa, dem für die deutsche Wirtschaft wichtigsten Absatzmarkt. All dies läßt in diesem Jahr ein Fortdauern der Konjunkturschwäche erwarten. Wenn für das Jahr 1992 insgesamt dennoch ein geringer Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts um knapp 1 vH erwartet wird, so liegt dies vor allem an Sonderfaktoren (Tabelle 3). Durch das Schaltjahr und das Zusammenfallen von gesetzlichen Feiertagen mit Wochenenden gibt es 1992: 1,4 vH mehr Arbeitstage als im Vorjahr. Zudem werden steuerliche Maßnahmen die Nachfrage im zweiten Halbjahr vorübergehend etwas anregen; vom 1. Juli 1992 entfällt der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer, während die Mehrwertsteuererhöhung erst zu Beginn von 1993 in Kraft tritt. Infolge der geldpolitischen Lockerung ab Mitte 1992 und der Kräftigung der Weltkonjunktur wird der Produktionsanstieg 1993 wohl an Schwung gewinnen. Im Durchschnitt des Jahres 1993 wird die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr rund 2 vH betragen.

Die Verbrauchsausgaben werden in diesem und auch im kommenden Jahr wohl insgesamt nur sehr verhalten expandieren. Dies liegt in erster Linie daran, daß die Zahl der Beschäftigten im Prognosezeitraum weitgehend stagniert. Hinzu kommt, daß wegen der beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 die Abgabenbelastung der Einkommen hoch bleibt. Die Unternehmensinvestitionen werden 1992 wohl allenfalls stagnieren, ist doch die Neigung, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, infolge der Nachfrageabschwächung und sinkender Gewinne wohl merklich geringer geworden. Wir rechnen trotz dieser Faktoren nicht mit einem Einbruch der Investitionstätig-

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1993

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1992	1993	1992	1993	1992	1993
Bruttosozialprodukt ^{1, 2}	1,0	2,0	10	10	1,5	2,5
Erwerbstätige ³ (1000) ..	29350	29400	6550	6850	35900	36250
Beschäftigte Arbeit- nehmer ³ (1000)	26380	26430	6000	6200	32380	32630
Arbeitslose (1000)	1900	2000	1300	1000	3200	3000
Kurzarbeiter (1000)	250	200	450	350	700	550
Finanzierungssaldo des Staates ⁴ (Mrd. DM)	-155	-145
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-20	-10
Verbraucherpreise ²	3,5	2,5	14	6	.	.

¹ In konstanten Preisen. – ² Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH. – ³ Im Inland. –
⁴ Abgrenzung der Finanzstatistik.

Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin; eigene Schätzungen.

keit, weil die westdeutschen Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausdehnung des EG-Binnenmarktes auf die EFTA-Länder sowie infolge der für die Zukunft zu erwartenden Konkurrenz aus osteuropäischen Ländern verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unternehmen müssen. Im Jahr 1993 werden sich infolge der geldpolitischen Impulse und der Festigung der Auslandskonjunktur die Absatz- und Ertragserwartungen verbessern. Die Unternehmensinvestitionen dürften daher 1993 wieder deutlich expandieren. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen wird es angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Länder und Gemeinden und der Verlagerung von Investitionen des Bundes in die neuen Bundesländer sogar zu einem Rückgang kommen. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen 1992 dennoch leicht steigen, da die Investitionen im Wohnungsbau nochmals – wenn auch abgeschwächt – zunehmen. Trotz hoher Zinsen und rasch steigender Baupreise hat die Nachfrage im Wohnungsbau angesichts bestehender Wohnraumknappheit sowie verstärkter staatlicher Förderungsmaßnahmen bis zuletzt zugenommen. Sinkende Zinsen sowie verbesserte Absatz- und Einkommenserwartungen dürften 1993 die Bautätigkeit von Unternehmen und Haushalten anregen.

Bei den westdeutschen Exporten in die anderen Industrieländer ist wegen der zunächst noch schwachen Entwicklung der Weltkonjunktur für 1992 nur mit einem geringen Anstieg zu rechnen. Eine deutliche Belebung zeichnet sich hier erst für 1993 ab. Die – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Exporte erfaßten – Lieferungen nach Ostdeutschland werden in diesem und im

nächsten Jahr wohl nur mäßig zunehmen. So wird ein wachsender Teil der ostdeutschen Nachfrage nach Konsumgütern sowie nach unternehmensbezogenen Dienstleistungen aus eigenem Angebot gedeckt. Dagegen nehmen die Lieferungen von Investitionsgütern wohl spürbar zu. Infolge der schwachen Binnenkonjunktur in Westdeutschland wird sich der Einfuhranstieg 1992 merklich verlangsamen und erst 1993 wieder etwas an Fahrt gewinnen. Insgesamt wird der Ausfuhrüberschuß sowohl in nominaler als auch in realer Rechnung in beiden Jahren weiter steigen. Das Defizit in der gesamtdeutschen Leistungsbilanz wird sich sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr wohl etwas ermäßigen.

Mit der Konjunkturabkühlung und dem kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten ist der Beschäftigungsboom der vergangenen Jahre – seit 1983 wurden im Inland rund 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen – zu Ende gegangen. Bei insgesamt annähernd stagnierender Beschäftigung und zuwanderungsbedingt weiter steigendem Arbeitsangebot wird die Arbeitslosigkeit bis zur Jahresmitte von 1993 auf reichlich 2 Millionen ansteigen.

Die Preisentwicklung wird sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern beeinflusst. Der Steuereffekt erhöht den Preisanstieg um jeweils rund einen halben Prozentpunkt. In der Grundtendenz zeichnet sich aber im Verlauf dieses Jahres wegen der Abkühlung der Konjunktur ein allmähliches Nachlassen des Preisauftriebs ab. So wird der Anstieg der Konsumentenpreise im Vorjahresvergleich zum Ende des Jahres 1992 bei rund 2,5 vH liegen. 1993 ist trotz der Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn mit einer ähnlich hohen Preissteigerungsrate zu rechnen.

Ostdeutschland: Produktionsbelegung bei massiven Transfers

Ausgehend von einem niedrigen Niveau wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Bundesländern 1992 mehr und mehr beleben. Im Baugewerbe läßt die überaus kräftige Zunahme der Auftragseingänge eine spürbare Produktionsausweitung erwarten. Auch in der Industrie haben sich in jüngster Zeit die Erwartungen etwas verbessert. So ist der Anteil der Unternehmen deutlich gestiegen, die Produktionssteigerungen in den kommenden Monaten erwarten. Darin spiegelt sich wohl der zunehmende Einfluß privatisierter oder neugegründeter Unternehmen wider, die die Produktion aufnehmen oder ausweiten. Bei den Unternehmen im Treuhandbesitz gibt es dagegen bislang nur geringe Fortschritte bei der Entwicklung neuer Produkte sowie der Einführung neuer Produktionstechniken und Managementmethoden.

Diese Entwicklung verdeutlicht, daß die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft zügig fortgesetzt werden muß. Bis Ende 1991 sind etwa 5 000 Industriebetriebe privatisiert worden; dabei wurden von den Erwerbern Investitionen von rund 115 Mrd. DM und der Erhalt von rund 930 000 Arbeitsplätzen zugesagt. Freilich erstrecken sich die Investitionen auf eine Reihe von Jahren, zudem besteht trotz der vereinbarten Konventionalstrafen Unsicherheit, ob die Zusagen in vollem Umfang eingehalten werden. Daneben wurden bis zuletzt pro Monat per saldo (nach Abzug der Abmeldungen) 10 000 neue Gewerbe

angemeldet; die Beschäftigungswirkungen der neuen Gewerbe scheinen bislang aber eher gering zu sein. Deutlich vorangekommen ist der Umstrukturierungsprozeß im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.

Die Investitionen sind dank massiver staatlicher Förderung 1991 stark gestiegen. Für 1992 zeichnet sich eine weitere kräftige Erhöhung der Investitionen in Ostdeutschland ab. Die westdeutschen Unternehmen wollen Umfragen zufolge in diesem Jahr gut 44 Mrd. DM in Ostdeutschland investieren, dies ist bei einem für 1991 geschätzten Volumen von 25 Mrd. DM eine kräftige Steigerung. Hinzu kommen noch die Investitionen von seiten ausländischer und ostdeutscher Unternehmen. Auch die staatlichen Investitionen werden 1992 deutlich steigen. Zudem fließen vermehrt Mittel in die Wohnraummodernisierung. Trotz hoher Zuwächse werden die Investitionen pro Kopf der Bevölkerung 1992 in den neuen Bundesländern um rund 40 vH niedriger sein als in den alten Bundesländern, obschon sie wegen des Nachholbedarfs eher höher ausfallen müßten. Einem rascheren Anstieg der Investitionen stehen noch immer offene Eigentumsfragen, fehlende Raumordnungs- und Flächennutzungspläne sowie Engpässe im Bereich der Bauämter entgegen.

Die für 1992 erwartete Produktionsbelebung und die kräftige Steigerung der Investitionen besagen nicht, daß ein sich selbst tragender Aufschwung in den neuen Bundesländern in Gang kommt. Sowohl die Konsum- als auch die Investitionsausgaben werden durch staatliche Transfers massiv gestützt. In Relation zum Bruttosozialprodukt werden die Transfers aus dem Westen in diesem und im kommenden Jahr wohl abermals eine Größenordnung von rund zwei Drittel erreichen. Umfangreiche staatliche Hilfen für die privaten Haushalte und die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind bei der Bewältigung der tiefgreifenden Umstrukturierung der Wirtschaft wohl unumgänglich. Ihr Einsatz muß jedoch so sein, daß sie nicht zu einer Dauereinrichtung werden. Eine durchgreifende Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern kann letztlich nur über die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen zustande kommen. Dauerhaft hohe oder sogar weiter steigende Transfers würden früher oder später die Solidarität derjenigen in Frage stellen, die die dazu notwendigen finanziellen Mittel aufbringen müssen. So gehen insbesondere Bestrebungen, die nicht privatisierungsfähigen Unternehmen in Staatseigentum zu überführen, um so Betriebe und Arbeitsplätze künstlich zu erhalten, in die falsche Richtung. Vielfältige Erfahrungen mit staatlichen Unternehmen zeigen, daß diese nicht nur in beträchtlichem Maße die öffentlichen Haushalte belasten, sondern darüber hinaus wegen des geringen Wettbewerbsdrucks die Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse verzögern.

Nachdem der private Verbrauch im ersten Halbjahr nochmals kräftig ausgeweitet wurde, ist er in der zweiten Jahreshälfte nur noch wenig gestiegen. Zunächst dominierte der Nachholbedarf, nunmehr werden die Käufe der privaten Haushalte maßgeblich von der Einkommens- und Zinsentwicklung bestimmt. Angesichts bestehender Arbeitsplatzrisiken und zunächst noch hoher Zinsen wird die Sparquote 1992 hoch bleiben und auch 1993 nur leicht sinken. Bei weiterhin kräftig expandierenden Einkommen wird der private Verbrauch dennoch in beiden Jahren spürbar zunehmen.

Die Warenausfuhr Ostdeutschlands, noch immer überwiegend Lieferungen in die osteuropäischen Staaten, ging im letzten Jahr drastisch zurück. Dies war nicht nur auf den Produktionseinbruch in den ehemaligen RGW-Staaten, sondern insbesondere auf die Umstellung des Warenhandels zwischen den osteuropäischen Ländern auf konvertible Währungen zurückzuführen. Zwar sehen viele Betriebe in den neuen Bundesländern dadurch ihre Existenz gefährdet. Doch würde eine intensive Stützung der ostdeutschen Warenexporte in die ehemaligen RGW-Staaten durch staatliche Kreditzusagen und Bürgschaften nicht nur eine Mehrbelastung des Bundeshaushalts bedeuten, sondern die notwendige Umorientierung der ostdeutschen Unternehmen in der internationalen Arbeitsteilung behindern. Mit der Umstellung ihrer Produktion wird es den ostdeutschen Betrieben wohl mehr und mehr gelingen, ihre Lieferungen in die westlichen Länder auszuweiten. Wir erwarten sowohl für 1992 als auch für 1993 eine spürbare Zunahme der Exporte. Mit der erwarteten Produktionsbelebung in den neuen Bundesländern im Verlaufe dieses Jahres wird die Einfuhr, die sich infolge des Nachfragesogs 1991 auf sehr hohem Niveau bewegte, nochmals etwas zulegen, obschon verstärkt Importe durch heimische Produktion ersetzt werden. Insgesamt kann erwartet werden, daß durch die Integration der neuen Bundesländer in die internationale Arbeitsteilung eine allmähliche Umorientierung der Handelsbeziehungen Ostdeutschlands von den osteuropäischen Staaten hin zu den westlichen Industrieländern stattfinden wird.

Wir erwarten für dieses und für das nächste Jahr eine deutliche Zunahme des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Sie dürfte im Jahresdurchschnitt jeweils rund ein Zehntel betragen. Für Gesamtdeutschland ergibt sich eine Zuwachsrate beim Bruttosozialprodukt von 1,5 vH im Jahr 1992 und von rund 2,5 vH im Jahr 1993.

Bei der spürbaren Produktionsbelebung ist im zweiten Halbjahr 1992 mit einer allmählichen Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zu rechnen. Viele Unternehmen, insbesondere im industriellen Bereich, werden wegen fehlender Wettbewerbsfähigkeit im Sommerhalbjahr nochmals Personal abbauen, gleichzeitig wird sich aber vor allem im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich die Zahl der Einstellungen zunehmend erhöhen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt von 1992 etwa 1,3 Millionen betragen. Für 1993 ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Dabei wird der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hoch bleiben.

Die Preisentwicklung in den neuen Bundesländern wurde 1991 maßgeblich vom Abbau der Preissubventionen – insbesondere bei Mieten, Energie und öffentlichen Verkehrsmitteln – bestimmt. Zwar liegen die Preise in einigen Bereichen, so z. B. die Mieten, noch deutlich unter dem Marktniveau, gleichwohl ist 1992 mit einem im Verhältnis zu 1991 geringeren Abbau von Preissubventionen zu rechnen. 1993 wird sich der Anpassungsprozeß bei den Preisen deutlich verlangsamen. Wegen des Überhangs am Jahresende 1991 werden die Konsumentenpreise im Durchschnitt des Jahres 1992 freilich nochmals spürbar höher als im Vorjahr sein. Im Jahr 1993 dürfte die Anstiegsrate der Verbraucherpreise deutlich niedriger sein als 1992, die Differenz zu den alten Bundesländern wird sich damit merklich verringern.

Summary

Germany: Stagnation in the West – Increasing Production in the East

Western Germany: Economic Activity Has Lost Momentum

One and a half years after the start of the German economic and monetary union the demand push from eastern Germany triggered by the unification came to an end. As a result, economic activity in western Germany has slowed down markedly. GNP remained more or less unchanged from the first until the fourth quarter of 1991. The stagnation can be mainly attributed to the weakening of domestic demand. Monetary policy has continued to pursue a restrictive stance. In addition, the increase of taxes and social security contributions in the middle of 1991 has dampened the expansion of private consumption. Because of the stagnation in the main trading-partner countries exports hardly increased. Due to the weakening of demand and rapidly increasing wage-costs, profits have come under pressure and companies have curtailed their investments.

Capacity utilization has decreased considerably; in industry it has already declined by more than 3 percentage points as compared to its top peak at the end of 1990. The weakness of economic expansion has brought to an end the strong increase of employment. The decline of unemployment came to a halt, too. The current rise in consumer prices has moderated to an annual rate of 3 p.c.

Eastern Germany: Decline in Production Has Bottomed Out

During summer of 1991, overall production after having fallen drastically over the previous twelve months reached a low point in the new federal states. Despite of a recovery in the construction sector and a moderate improvement in trade and services, production remained flat in the second half of 1991. In agriculture output continued to decline. In the industrial sector, which is experiencing an especially painful adjustment, production has stabilized on a low level in autumn.

In January 1992 the number of unemployed in eastern Germany increased by about 300,000 persons to 1.34 millions because some special arrangements for short-time work were ended. The number of short-time workers fell by more than 500,000 persons to 520,000. In principle, the reduction of short-time work converted hidden unemployment into open unemployment. Because of a hike in rents there was a strong rise in the level of consumer prices in autumn of last year; at the end of 1991 the index of consumer prices was 21 p.c. higher than a year ago. However, real disposable incomes did not fall as wages were rising strongly and pensions as well as unemployment benefits and rent allowances have been raised distinctly.

Western Germany: Economic Slowdown Continues in 1992

In 1992, economic activity in the western part of Germany is dampened by tight monetary policy as well as higher taxes and social security contributions.

Moreover, unit labor costs continue to rise considerably and demand from abroad, especially from Germany's most important export markets in western Europe, remains sluggish. Therefore economic activity is expected to be weak this year. Real GDP is likely to increase by about 1 p.c. in 1992. This increase is mainly due to the fact that 1992 is a leap-year and that many public holidays coincide with weekends, resulting in 1.4 p.c. more working days than 1991. Besides, demand will temporarily be stimulated by the phasing out of the solidarity-income-tax-surcharge and advanced purchases due to the increase of the value added tax rate at the beginning of 1993. Owing to the expecting easing of monetary policy in the second half of 1992 and the strengthening of demand from abroad, production is forecast to recover perceptibly in the course of next year; real GDP in 1993 will exceed this year's level by about 2 p.c.

Since employment tends to stagnate and the supply of labor by immigrants increases, the number of unemployed will rise to about 2.0 million until mid-1993. Due to weak demand inflation will decelerate in the course of this year with consumer prices exceeding their pre-year's level by about 2.5 p.c. at the end of 1992. Despite the rise of the value added tax at the beginning of next year, the average inflation rate for 1993 is expected to stay on a similar level.

Eastern Germany: Strong Production Increase Induced by Massive Transfers

Starting from a low level overall production in the new federal states will rise noticeably in 1992. In the construction sector a marked expansion of production can be expected since orders have increased significantly. Even in manufacturing firms have become more optimistic according to surveys. For this year as well as for 1993 we expect real GDP of the new federal states to grow at a rate of 10 p.c. For Germany as a whole the growth rate of real GDP will be 1.5 p.c. this year and about 2.5 p.c. in 1993.

In 1992 there is likely to be a strong increase in investment in eastern Germany. Companies from western Germany intend to invest some 44 bill. DM in eastern Germany compared to an estimated investment of 25 bill. DM in 1991. Moreover, public investment will be raised noticeably. The expected recovery of production and investment in 1992, however, does not yet reflect a self-supporting recovery in the new federal states. Consumers' expenditures as well as investment largely depend on public transfers. This year and 1993 the transfers from western Germany will amount to about two thirds of the GDP of eastern Germany.

Due to the perceptible expansion of production, the labor market situation in eastern Germany is likely to improve slightly in the second half of 1992. While many companies, especially in the manufacturing sector, will continue to lay off workers, mainly in the middle of this year, the creation of new jobs in construction and services will increase gradually. A considerable amount of employment will continue to be provided in the framework of labor market policies.

Literaturverzeichnis

- BOSS, Alfred, „Mittelfristige Perspektiven der Finanzpolitik“. Die Weltwirtschaft, 1991, H. 2, S. 57–71.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) [a], Die Entwicklung der Bundesfinanzen im Haushaltsjahr 1990. Bonn, 9. Juni 1991.
- [b], Finanznachrichten. Nr. 16/92, Bonn, 13. Februar 1992.
- [c], Finanznachrichten. Nr. 20/92. Bonn, 25. Februar 1992.
- DEUTSCHE BUNDESBANK, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/M., Februar 1992.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG und INSTITUT FÜR WELT-WIRTSCHAFT, Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Vierter Bericht. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 178, Dezember 1991.
- LEHMENT, Harmen, „Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990“. Die Weltwirtschaft, 1991, H. 2, S. 72–85.
- TREUHANDANSTALT, Monatsbericht. Berlin, Dezember 1991.